



VERTRAULICH

P.B. Nr. 5 - LR/ph

Ankara, den 27. Februar 1991

SCHLUSSBERICHT

Die Türkei und das Geschehen im Golf

Das Geschehen im Golf hat einen bedeutenden Einfluss auf Politik und Wirtschaft in der Türkei. Es sei deshalb erlaubt, den Schlussbericht dem gewählten spezifischen Thema zu widmen.

Der Druck, den die Entwicklung im Golf seit dem 2. August auf die Türkei ausübt, hat zu einer beschleunigten offenkundigen Zentralisierung der Macht in den Händen des Präsidenten geführt.

Özal hatte schon bei Übernahme der Präsidentschaft deutlich gemacht, dass er via Premierminister und absoluter Mehrheit seiner Partei (ANAP) im Parlament weiterhin den entscheidenden Einfluss auf die Geschäfte des Landes ausüben beabsichtigt. Er stiess indessen im Verlaufe des Sommers auf wachsende Widerstände in der Opposition, in der öffentlichen Meinung und auch in den Reihen seiner eigenen Partei mit dem Verlust zweier prominenter Anhänger, die von ihren Ministerposten demissionierten.

Die Besetzung Kuwaits durch den Irak und die darauffolgenden Resolutionen der Vereinten Nationen gaben Özal die schnell-ergriffene Gelegenheit, die Entwicklung wieder in seine Hand zu nehmen und zwar in einer Angelegenheit von nationaler Tragweite.

Mit Hilfe des Parlaments, das ihm ohne grosse Schwierigkeiten Kriegsbefugnisse erteilte, machte er sich selber zur allein-entscheidenden politischen Instanz. Es stimmt, dass es der Türkei in jenem Zeitpunkt zustatten kam, einen Staatschef zu haben, der dank seiner langjährigen Praxis rund um die Welt enge Verbindungen halten und entsprechend Entschlüsse fassen konnte. Dieser Zustand scheint anzudauern. In den folgenden Monaten hatte Özal allerdings Mühe, dem amerikanischen Drängen auf eine aktive Teilnahme am Golfkrieg zu widerstehen, die auch seinem eigenen Temperament und seinen Hoffnungen auf möglichen Kriegsgewinn entsprochen hätte. Wiederum waren es vor allem die Widerstände aus den eigenen Reihen, mit der Demission des Aussenministers, des Verteidigungsministers und des Generalstabchefs sowie auch Zurückhaltung in NATO-Kreisen, die sich nicht in ein kriegerisches Abenteuer hineinziehen lassen wollten, die Özal veranlassten, seine Ambitionen zurückzustecken: Er beschränkte sein Land im wesentlichen auf eine Beobachterrolle, woran die Freigabe der türkischen Basen an die amerikanischen Luftstreitkräfte nicht viel änderte.



- 2 -

Soweit es die öffentliche Meinung betrifft, werden Özal keine Fehler in der Handhabung der Golfpolitik angelastet. Der Ausgang des Krieges und die Rolle der Türkei danach wird von entscheidender Bedeutung sein für die politische Zukunft Özals; davon abhängig auch seine Absicht, die Präsidentenwahl durch das Volk einzuführen, was ihm erlauben würde, den bestehenden Zustand zu legalisieren.

Darüber hinaus hat die ANAP seit ihrem Tiefgang im Gefolge der Lokalwahlen von 1989 zweifellos in der Öffentlichkeit an Vertrauen zurückgewonnen. Dazu haben die Pläne des Präsidenten, der Kurdenpolitik, auf die ich zurückkommen werde, mit einer Sprachgesetzgebung neue Impulse zu geben, sowie gewerkschaftliche Reformen einzuführen und das Strafgesetz im Sinne grösserer Meinungsfreiheit zu revidieren, zweifellos beigetragen. Die Regierungspartei vermag aber weiterhin die Opposition nicht zu distanzieren. Man kann sich deshalb schwer vorstellen, dass sie nach den nächsten Parlamentswahlen (spätestens 1992), wie immer der Golfkrieg ausgeht, weiterhin alleine die Macht in Händen halten wird. Es begäbe wieder das Regieren mittels Koalitionen, für das die Türkei so wenig begabt ist.

Wirtschaftlich hatte die Türkei 1990 bis in den Herbst hinein keinen Anlass, sich zu beklagen. Gute Ernten, hohe Wachstumsraten, auch im Industriebereich, und eine etwas erfolgreichere Eindämmung der Staatsausgaben gegenüber den Vorjahren, reduzierten den inflationären Druck. Eine weitere Liberalisierung der Einfuhren mit entsprechender Verschärfung des Konkurrenzkampfes trugen das ihre dazu bei, dass die Inflationsrate von rund 65 % auf unter 50 % gesenkt und bis Ende Jahr ohne Golfkrise auf 30-35 % hätte reduziert werden können. Gleichzeitig konnte das Devisenpolster aufgestockt werden, dank Rekordeinnahmen aus Tourismus und Ueberweisungen einerseits, andererseits allerdings auch wegen des Zuflusses volatiler kurzfristiger Auslandsanlagen, die vom Gefälle zwischen hohen Zinsen und geringeren Wechselkursänderungen profitieren.

Die Entwicklungen im Golf haben die guten Aussichten getrübt. Die Auswirkungen des Embargos gegen den Irak, bis anhin bedeutender Handelspartner der Türkei, sind beträchtlich. Der vorübergehende Anstieg der Ölpreise hat seinerseits inflationäre Schübe ausgelöst. Indessen hofft man hier, dass die von verschiedenen Seiten zugesagten Hilfeleistungen und die nach Kriegsende zu erwartende Nachfrage, ausgelöst durch den Wiederaufbau von Irak und Kuwait, die volkswirtschaftlichen Schäden in Grenzen halten wird.

Von innenpolitischen Entwicklungen abgesehen, gilt die Hauptsorge Özals dem internationalen Prestige der Türkei, das seiner nicht unbescheidenen Ansicht nach durch das Geschehen im Golf erheblich gewinnen könnte. Er denkt dabei in erster Linie an die geostrate

- 3 -

gische Lage der Türkei, die neue Bedeutung erlangen könnte. Seine Aktionen während der Golfkrise sind vornehmlich aus dieser Perspektive zu beurteilen.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres wurde immer deutlicher, dass nach dem Abbau des Gegensatzes zwischen Ost und West, die Türkei als westliches, in die NATO eingegliedertes Bollwerk gegen die Sowjetunion, an Bedeutung verloren hatte. Folgen wurden spürbar: die Administration Bush schien türkische Begehren und Wünsche (Armenierfrage, Militärhilfe) weniger zu berücksichtigen als Präsident Reagan dies zuvor getan hatte. Ähnliche Enttäuschung im Verhältnis zu Brüssel, wo Kommission und Ministerrat Beitrittsverhandlungen praktisch sine die vertagten und mit wenig Schonung auf die Mängel im sozialen Gefüge und in der Demokratie der Türkei hingewiesen wurde.

Um sich von Isolationsängsten zu befreien, versuchte die Türkei, ihr Aktionsfeld zu erweitern. Nach langjährigem Zögern trat sie in Verhandlungen mit der EFTA und legt grosses Gewicht darauf, das Verhältnis zur Sowjetunion und zur türkischstämmigen sowjetischen Republik Azerbaidjan auf möglichst vielen Gebieten enger zu gestalten. Grenzen möglicher Ausdehnung der Einflussosphäre nach Osten wurden indessen offenkundig mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Baku und der sowjetischen Forderung vom vergangenen Dezember, wonach die Beziehung der Türkei zu Moskau stets Vorrang vor regionalen Abmachungen mit einzelnen Republiken haben müsste. Die Interessen Moskaus dürfen nicht tangiert werden.

Die Golfkrise hat das Umfeld verändert, so wie es die offizielle Türkei aber auch Presse- und politische Beobachter wiederholt vorausgesagt hatten: die Türkei mag zwar ihre Rolle als Frontwächter gegen die Oststaaten verloren haben, wird aber in Zukunft eine wichtige strategische Funktion als Vorposten der westlichen Welt gegenüber einer explosiven Situation im Mittleren Osten ausüben. Gleichzeitig mag ihre Stellung als Bindeglied zwischen Orient und Okzident an Bedeutung gewinnen.

Die Türkei ist fast überstürzt auf die ersten Entschlüsse der Vereinten Nationen eingetreten und hat erhebliche wirtschaftliche Opfer auf sich genommen; sie tat sich etwas schwerer, die Luftwaffenbasen den Vereinigten Staaten für Angriffsflüge gegen den Irak zur Verfügung zu stellen; sie hat im Laufe der Monate 180'000 türkische Truppen an der Grenze zum Irak konzentriert und sich dabei der Solidarität der NATO versichert. Sie hat, kurz gesagt, eine Politik verfolgt, die auf den Westen ausgerichtet und den Vereinigten Staaten weitgehend verpflichtet ist. Man erhofft sich nun entsprechende Gegenleistungen. Özal denkt dabei weniger an finanzielle Hilfe als an eine den erbrachten Opfern und der strategischen Bedeutung des eigenen Landes entsprechende Behandlung. Özal will im Wesentlichen, soweit man dies bis jetzt ausmachen kann:

./.

- 4 -

1. nach Kriegsende am Verhandlungstisch sitzen, um türkische Interessen verteidigen zu können, wenn über die Zukunft des Irak und der Region entschieden wird;
2. Handelskonzessionen von den Vereinigten Staaten und der EG erhalten sowie verstärkte Militärhilfe, die erlauben soll, die Armee auf einen zeitgemässen Rüstungsstand zu bringen;
3. Grösseres Entgegenkommen der EG in der Frage des Beitritts.

Im erstgenannten Punkt, der Beteiligung an der Friedenskonferenz, kann sich die Türkei auf Zusagen, vor allem der Vereinigten Staaten, wohl verlassen. Eine Nachkriegsordnung im Mittleren Osten ist kaum denkbar ohne den Einbezug der Türkei als eines schwergewichtigen und stabilisierenden Faktors. Was ihre Interessen betrifft, verdient die Kurdenfrage Erwähnung. Die Türkei will verhindern, wie immer sich die Lage im Irak entwickelt, dass im Nachbarland ein unabhängiger oder innerhalb einer Föderation autonomer kurdischer Staat entsteht, der zu entsprechenden Forderungen in der eigenen kurdischen Bevölkerung führen könnte. Die neue Sprachgesetzgebung ist ein erstes noch zaghaftes Entgegenkommen kurdischen Wünschen gegenüber, denen trotz konservativer Widerstände auf die Dauer weitere Liberalisierungsmassnahmen folgen sollen. Özal verfolgt damit verschiedene Ziele. Er kann, immer im Hinblick auf Verhandlungen nach dem Krieg, westliche Kritik an seiner Menschenrechtspolitik abbauen, die Loyalität der eigenen kurdischen Bevölkerung zum türkischen Staat festigen und sein Ansehen bei den kurdischen Minderheiten im Irak und im Iran fördern.

Zu Punkt zwei: Die erhoffte Wirtschafts- und Militärhilfe, die weitere Öffnung der westlichen Märkte bis hin zur Zollunion mit den EG und einem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten sowie die Modernisierung der Armee sollen das Fundament für den von Özal angestrebten Prestige- und Machtzuwachs für die Türkei bilden. Die Opposition ist skeptisch. Der Golfkrieg hat neben wirtschaftlichen vor allem auch militärische Schwächen der Türkei aufgezeigt. Die Frage beispielsweise, ob die Türkei einem irakischen Angriff alleine widerstehen könnte, wurde vor allem in Militärkreisen öfters gestellt und kaum positiv beantwortet. Der Nachholbedarf der Armee ist gross und wirtschaftlich wohl auf längere Zeit hin nicht zu verkraften. Türkische Hoffnungen, in den Vereinigten Staaten der griechischen Lobby in Zukunft effektiver entgegenzutreten und möglicherweise das 7 zu 10 Verhältnis der US Militärhilfe an die beiden Länder zu eigenen Gunsten ändern zu können, scheinen nicht ganz unbegründet. Athen jedenfalls ist besorgt und erwartet auch eine Verhärtung der türkischen Position im zypriotischen Konflikt.

In der Beitrittsfrage zur EG schliesslich wird sich wahrscheinlich nichts Wesentliches ändern. Özals Aussage via Bildschirm am

./.

- 5 -

Davoser Symposium, wonach der christlich-islamische Gegensatz die Zukunft beherrschen wird und die EG als exklusivster "Klub der Christenheit" ein Interesse daran haben könnte, die Türkei aufzunehmen, um dieses Stigma loszuwerden, scheint eine etwas simple und opportunistische Argumentation. Die EG wird weiterhin dem Umstand Rechnung tragen müssen, dass sie sich den Beitritt der Türkei materiell kaum leisten kann und die andersgeartete türkische Mentalität eine echte politische und soziale Integration nicht erleichtert.

Über die Zukunft der Beziehungen der Türkei zur arabisch islamischen Welt wird viel spekuliert. Konservative und fundamentalistische Kreise werfen Özal und der Regierung vor, sich den Vereinigten Staaten ausgeliefert und damit die Beziehungen zu den Ländern des Mittleren Ostens auf lange Frist kompromittiert zu haben. Verwiesen wird auf die Proteste verschiedener arabischer Länder, vor allem des Maghreb, gegen die Benützung türkischer Militärbasen durch die amerikanische Luftwaffe.

Dagegen ist anzuführen, dass ein anfängliches Misstrauen zwischen der Türkei, Syrien und Iran, genährt vor allem durch den Verdacht über mögliche türkische Ansprüche auf irakisches Territorium, im Verlaufe der ersten Kriegswochen durch gegenseitige Besuche und Versicherungen hat abgebaut werden können. Insbesondere der Dialog mit Syrien hat sich gemäss Aussenministerium sehr positiv entwickelt, während das traditionell befriedigende Verhältnis mit Teheran weitergeführt werden konnte. Es scheint, dass man in den drei Hauptstädten zur Erkenntnis gekommen ist, dass die Erhaltung der territorialen Integrität des Irak einem gemeinsamen Interesse entspricht und notwendig ist für die Stabilität der Region. Positive Auswirkungen dieser Konzertation für die Zeit nach dem Krieg können nicht ausgeschlossen werden.

Saudi Arabien und Kuwait leisten der Türkei bereits jetzt Hilfe und haben auch für die Zukunft Unterstützung und Berücksichtigung beim Wiederaufbau Kuwaits zugesagt.

Ferner hat der Irak seinerseits bis jetzt sorgfältig vermieden, die Türkei unnötig zu provozieren. Sowohl der Brief des irakischen Aussenministers an seinen türkischen Kollegen nach der offiziellen Bekanntgabe der Benützung der Luftbase Inçirklik durch die amerikanische Luftwaffe, als auch spätere Äusserungen des neuen irakischen Vertreters in Ankara waren zurückhaltend. Von der gegenseitigen Interessenlage her besteht kein Grund, die Beziehungen unnötig zu belasten. Man hat hier allerdings Mühe, sich vorzustellen, dass eine gedeihliche Zusammenarbeit mit Saddam Hussein möglich ist und hofft deshalb auf einen durch die Iraker selber herbeizuführenden Regimewechsel.

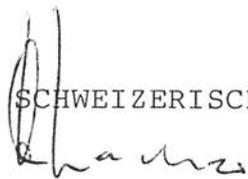
Für ein mögliches gutes Einvernehmen mit mehreren Staaten des Mittleren Ostens spricht schliesslich, dass die türkischen Vor-

- 6 -

stellungen über die Nachkriegsordnung, trotz latent vorhandenen Begehrlichkeiten auf die Erdölregion Mosul/Kirkuk, weniger machtpolitischer als wirtschaftlicher Art sind. In einem sogenannten "Friedensplan" sieht Özal die Türkei in der Rolle eines Wirtschaftskoordinators. In Anlehnung an ähnliche Projekte Staatssekretär Bakers schlägt er die Schaffung einer Bank für Wiederaufbau und Entwicklung im Mittleren Osten vor und greift sein schon öfters propagiertes Projekt von "Friedens-Pipelines" auf. Sie sollen Wasser aus der Türkei in der Grössenordnung von 10 Mia m³ jährlich bis nach Saudi Arabien führen. Ferner scheint ihm eine der KSZE ähnliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region wünschenswert.

Solche Pläne entsprechen der Überzeugung des Technokraten Özal, wonach nur gegenseitige Zusammenarbeit und Verflechtung der Wirtschaften langfristig eine tragfähige Basis für eine friedliche Lösung der Probleme im Mittleren Osten bilden können.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



Adolf G. Lacher